

# Die kurdische Frage:

## Wie nah ist der Frieden?

**Informationsdossier über die Entwicklung der politischen Lösung  
der kurdischen Frage und der Demokratisierung der Türkei**

### **Themen dieses Dossiers**

- I- Wie nah sind wir an den Frieden herangerückt?
- II- Was haben die Kriegsparteien hierfür geleistet?
- III- Wie hat sich das Leben nach dem Krieg in den kurdischen Regionen verändert, was wollen die Menschen dort?
- IV- Was haben die demokratischen Massenorganisationen, die Organisationen der Zivilgesellschaft, die politischen Parteien, die Schriftsteller und Gewerkschaften vorgeschlagen, um eine friedliche Lösung zu erreichen?
- V- Bilanz der Menschenrechtsverletzung Januar-September 2001

**Herausgeber:** KON-KURD (Konföderation kurdischer Vereine in Europa /Brüssel), YEK-KOM (Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.), FEYKA-KURDISTAN (Föderation kurdischer Vereine in Frankreich), CIK (Centre d'Information du Kurdistan / Paris), KIZ (Kurdistan Informations-Zentrum e.V. / Berlin), Comitee du Kurdistan (Brüssel), UIKI (Ufficio Informazione del Kurdistan / Rom), Radet Kurdistan (Kurdisches Rat in Schweden), FEY-KURD (Föderation kurdischer Vereine in Dänemark), FEKAR (Föderation kurdischer Vereine in der Schweiz), FED-BIR (Föderation kurdischer Vereine in Großbritannien), FED-KOM (Föderation kurdischer Vereine in den Niederlanden), FEY-KOM (Föderation kurdischer Vereine in Österreich) FEK-BEL (Föderation kurdischer Vereine in Belgien)

# **I- Wie nah sind wir an den Frieden herangerückt?**

## **Die friedliche Regelung der Kurdenfrage noch immer nicht in Sicht**

Nach der Beendigung des Krieges seitens der PKK hat der türkische Staat die Chance für einen dauerhaften Frieden nicht richtig wahrgenommen. Von allen Seiten wird geäußert, dass, wenn keine konkreten Schritte in Richtung einer Lösung gemacht werden, die Türkei kollabieren wird.

In was für einem Zustand befinden sich heute die beiden Kriegsparteien seit der Einstellung des bewaffneten Kampfes durch die PKK vor zwei Jahren?

Wie nah sind wir an den Frieden herangerückt?

Wie weit sind wir bei der Suche nach einer Lösung vorangekommen?

Was haben die Kriegsparteien hierfür geleistet?

Wie hat sich das Leben nach dem Krieg in den kurdischen Regionen verändert, was wollen die Menschen dort?

Was haben die demokratischen Massenorganisationen, die Organisationen der Zivilgesellschaft, die politischen Parteien, die Schriftsteller und Gewerkschaften vorgeschlagen, um eine friedliche Lösung zu erreichen?

Eine deutliche Antwort auf diese Frage ergab sich daraus, dass der Staat nach der Beendigung des bewaffneten Kampfes durch die PKK von der entstandenen vorteilhaften Situation keinen ausreichenden Gebrauch gemacht hat.

Die politischen Parteien und die zivilen Gesellschaftsorganisationen betonen, dass der Staat nun für eine beständige Lösung konkrete Schritte in Richtung Demokratisierung einleiten muss.

## **Der Frieden ist noch möglich**

Der 2. August 1999 hat eindeutig gezeigt, dass es noch andere Möglichkeiten als den Krieg gibt, um die Konflikte in diesem Land zu lösen.

Die Beendigung des Krieges würde die Lösung der kurdischen Frage und die Ebnung des Weges der Demokratisierung der Türkei bedeuten.

Jedoch haben der Staat, die Organisationen der Zivilgesellschaft und die Intellektuellen nicht genug Anstrengungen für den Frieden unternommen.

Durch den Aufruf des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan am 2. August 1999 wurde der am 15. August 1984 begonnene Guerilla-Krieg beendet und die PKK-Kämpfer zogen sich in Positionen außerhalb der türkischen Grenzen zurück.

Dass die PKK diesen Aufruf als Gesamtheit befolgte, stellte sowohl für die Türkei als auch für die Kurden einen Neubeginn in der Geschichte dar.

Seit der Beendigung des Krieges sind zwei Jahre vergangen.

Im Laufe dieser Zeit haben die Kriegsparteien in ihrer Politik strategische Wandlungen durchgemacht.

Während die Türkei in dieser Phase versuchte, die Versuche der PKK zu verhindern, sich zu einer rein politisch tätigen Bewegung zu entwickeln, hat sich die PKK durch dieses Verhalten nicht bremsen lassen und einen Friedensplan für die Lösung der Kurdenfrage vorgelegt. Mit diesem Aufruf, der den auf verschiedenen Ebenen geführten 15-jährigen Krieg beendete und die Möglichkeiten für einen andauernden Frieden erweiterte, wurde der Tod weiterer unzähliger Menschen verhindert.

Deswegen begrüßten alle gesellschaftlichen Schichten und Menschen der kurdischen Region, die Zehntausende Menschen verloren haben und denen Tausende Dörfer zerstört worden sind, die Beendigung des Krieges sehr.

Die PKK hat seit dem 2. August neben der Beendigung des Krieges noch weitere wichtige Beschlüsse gefasst für die Lösung der Kurdenfrage und die vollkommene Realisierung des Friedens.

Die in der kurdischen Region, der Türkei und aller Welt willkommenen Schritte für den Frieden ermöglichten der seit langer Zeit am Krieg orientierten Türkei eine Demokratisierung im politisch-wirtschaftlichen und sozialen Leben.

Einerseits brachte diese Situation die auf den Krieg angewiesenen Wirtschaftsstrukturen der Türkei, mafiaartigen Gruppen und davon profitierenden Schichten im Staat ans Tageslicht, andererseits schuf sie große Möglichkeiten für den langersehnten Wunsch der Türkei, in die EU beizutreten.

Weil aber die Türkei den einleitenden Schritten für den Frieden und zu einer politischen Lösung durch die Kurden nicht die angemessene Reaktion entgegenbrachte, so rückten innen- und außenpolitische wirtschaftliche und politische Krisen nicht von der Tagesordnung der Türkei.

### **Der historische Schritt**

Der Aufruf vom 2. August 1999 ist ein wichtiger Wendepunkt für den Frieden in der Geschichte der Türkei, den kurdischen Regionen und demzufolge im Nahen Osten.

Der durch eine internationale Verschwörung am 15. Februar 1999 in die Türkei entführte PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan hat durch seine Verteidigungsreden in der Gerichtsverhandlung auf Imrali, die besonders von Kurden auf der ganzen Welt genau verfolgt wurden, in Europa und Anatolien ein Ungleichgewicht hervorgerufen.

Den vom Krieg profitierenden Kreisen in der Türkei und Europa, die in der Erwartung waren eine gewaltsame Auseinandersetzung nach Öcalans Verhaftung verursachen zu können, wurden durch die Veröffentlichung des Projektes der Demokratischen Republik durch Öcalan der Wind aus den Segeln genommen.

Während den Verhandlungen auf Imrali, die von Beobachtern und einem Aufmarsch von Massenmedien aus Anatolien und Europa mitverfolgt wurden, hat Öcalan mittels seiner Anwälte einen Aufruf gemacht, der die ganze öffentliche Meinung erschütterte und einen Ausmaß hatte, der die Geschichte der Kurden und der Türkei eine große Bedeutung beigemessen hat.

Der am 15. August 1984 durch den Überfall auf Eruh und Semdinli begonnene Krieg, dessen Beendigung zeitweise durch einseitige Waffenstillstandsangebote der PKK versucht wurde, wurde schließlich durch diesen historischen Aufruf beendet.

Öcalan, der aus Kenia in die Türkei gebracht wurde und im Flugzeug erklärte: „Ich werde für den Frieden leben“, hielt sich an sein Versprechen und vermittelte dieses in seinem „historischen Aufruf am 2. August“ an die Guerilla durch seine Anwälte Mahmut Sakar, Dogan Erbas, Irfan Dündar und Ahmet Avsar.

Öcalan teilte mit, dass Hindernisse, die einer Entwicklung der Demokratisierung im Wege stehen, ausgeräumt werden müssen und um in der Kurdenfrage einer friedlichen Lösungsfindung den Weg zu ebnet, der bewaffneten Auseinandersetzung ein Ende gesetzt werden muß. Deshalb hat die PKK am 1. September 1999 den Beschluss gefasst den bewaffneten Kampf zu beenden und sich hinter die Grenzen der Türkei zurückzuziehen.

In dem selben Aufruf hat Öcalan den Staat, zuständige Institutionen und internationale Organisationen um deren Sensibilität und Unterstützung gebeten, damit die friedliche und geschwisterliche Phase erfolgreich wird.

Mit diesem historischen Aufruf, den Öcalan nach einem Jahr als „eine Erklärung einer Lösung für den Friedens und die Demokratisierung“ bewertete, hatte das als „15. August-Initiative“ bekannte Ereignis ein historisches Resultat erreicht. Die mit dem 2. August begonnene Phase ist ein „Zweiter Schritt wie am 15. August, ein demokratischer Schritt“, betonte er.

Der Präsidialrat der PKK antwortete eine kurze Zeit später, dass sie Öcalans Aufruf als ihre historische Pflicht ansehen und dass sich die Guerilla stufenweise hinter die Grenzen zurückziehen werde.

Die kurdischen Jugendlichen, die seit der Überführung Öcalans auf die Gefängnisinsel Imrali die Metropolen wie Istanbul, Izmir, Mersin und Adana täglich mit ihren illegalen Aktionen in einen „Teufelskessel“ verwandelten, haben diesen seit Öcalans Aufruf ein Ende gesetzt.

### **Antwort mit den Friedensgruppen**

Der „Erste Friedensprojekt“ der durch den historischen 2. August-Aufruf Öcalans auf Imrali begann, wurde mit den aus der PKK-Front entstandenen radikalen Schritten in die Wirklichkeit umgesetzt. Während die Guerilla noch dabei war, sich hinter die Grenzen zurückzuziehen, machte der PKK-Vorsitzende Öcalan am 22. September von der Insel Imrali aus einen neuen Aufruf.

Öcalan, der bei der Schaffung einer Basis für die Erarbeitung einer Lösung der Kurdenfrage eine führende Rolle spielt, wollte in diesem zweiten Aufruf vom PKK-Präsidialrat, dass als „Unterstützung für eine demokratische Republik und als Zeichen des guten Willens“ eine Guerilla-Gruppe in die Türkei kam.

Der Rat, der Öcalans Aufruf bewertete, hat einen Tag später, also am 23. September mit seiner Veröffentlichung bekannt gegeben, dass eine Gruppe in die Türkei kommen werde.

Ab diesem Zeitpunkt begann man den Friedensmarsch basierend auf Öcalans „Projekt einer Demokratischen Republik“.

Am 1. Oktober 1999 betrat die 8-köpfige „Gruppe für den Frieden und eine demokratische Lösung“ unter Anführung von Ali Sapan, ehemaliger ERNK-Sprecher, das Land über das Grenzdorf Sin (Gebiet Semdinli), in dem vor 15 Jahre der erste Schuss der PKK abgegeben wurde.

Obwohl die Regierung auf das Entgegenkommen der PKK nicht reagierte, setzte der PKK-Vorsitzende seine Bemühungen fort, um den Lösungsweg zu ebnen.

Öcalan schlug in seinem dritten Aufruf von Imrali vor, dass eine weitere PKK- Gruppe zum 76. Jahrestag der Gründung der Türkischen Republik am 29. Oktober in die Türkei einreisen sollte.

Die „2. Gruppe für den Frieden und eine demokratische Lösung“ unter der Anführung von Haydar Ergül (ehemaliger PKK-Gefangener in Deutschland) flog am 29. Oktober 1999 von der österreichischen Hauptstadt Wien in die Türkei.

Die Friedensboten wurden am Istanbul Atatürk-Flughafen von der Polizei festgenommen, zum Polizeipräsidium gebracht und schließlich in Untersuchungshaft genommen.

### **Der Staat geht die Angelegenheit nur langsam an**

Während jede politische Vorgehensweise der Kurden ihr politisches Tätigkeitsfeld erweiterte, wurde die Türkei zu strukturellen Reformen gezwungen.

Aufgrund der geteilten Meinung und dem Beharren am Status quo durch die Türkei gegenüber der Kurdenfrage wurden die entgegenkommenden Schritte der Kurden bezüglich einer Lösung nicht ausreichend genutzt.

Während jeder Schritt der PKK in Richtung einer Lösung der Kurdenfrage auf der Tagesordnung der Türkei und der ganzen Welt stand, hat es die Türkei in ihrer Innenpolitik nicht ganz geschafft sich zu reformieren und an der Seite der Lösungssuchenden Stellung zu beziehen.

Bei der Betrachtung der Politik der PKK und der Türkei seit dem Zeitpunkt des Aufrufes vom 2. August bis heute wird deutlich, dass die Türkei aufgrund ihrer gespaltenen Struktur nicht genug für den Frieden unternommen hat.

Während die Kurdenfrage und ihre Lösung durch die einleitenden Schritte der PKK im breiten Rahmen diskutiert wurden, spalteten sich Banden innerhalb der Regierung, aus der Kriegswirtschaft profitierende Schichten, auf den Krieg gestützte chauvinistische Parteipolitik und Strukturen der Oligarchie.

Kurzum hat sich der politische Plan der Türkei geändert.

## **II - Was haben die Kriegsparteien hierfür geleistet?**

### **Was hat die PKK unternommen?**

Die PKK hat mit dem Aufruf vom 2. August seit dem 1. September 1999 dem bewaffneten Widerstand beendet und ihre Guerillaeinheiten hinter die Grenzen der Türkei zurück gezogen. Mit diesem Entschluss wurden dem seit Jahren in kurdischen Gebieten und Metropolen der Türkei in einen „Teufelskessel“ verwandelnde Krieg und der internationalen Verschwörung ein Riegel vorgeschoben und somit ein kurdisch - türkischer Krieg verhindert.

Der PKK-Vorsitzende Öcalan unterbreitete am 22. September von Imrali aus einen neuen Aufruf. In diesem zweiten Aufruf schlug Öcalan dem Präsidialrat der PKK vor, als Zeichen des guten Willens eine Guerillagruppe in die Türkei zu entsenden, die gleichzeitig ihre Bereitschaft bei der Bildung einer Demokratischen Republik mitzuwirken, bekunden.

Öcalan stellte in seinen verschiedenen Erklärungen konkrete Forderungen für eine Lösung: Erlassung einer Generalamnestie, die Anerkennung eines legalen Status und politische Betätigungsmöglichkeiten für die Guerilla...

Im Rahmen der Einhaltung folgender Gesichtspunkte, nämlich der Aufhebung der Todesstrafe, der Demokratisierung der Türkei, der Beendigung der Menschenrechtsverletzungen und der verfassungsrechtlichen Absicherung der kurdischen Sprache und Identität, hat die PKK vor dem Helsinki- Gipfeltreffen unterstützende Erklärungen zur Aufnahme der Türkei in die EU veröffentlicht.

Der 7. außerordentliche Kongress der PKK wurde im Rahmen der Beendigung des bewaffneten Kampfes und der Verteidigungsreden ihres Vorsitzenden Öcalan durchgeführt. Auf diesem Kongress, der zwischen dem 2. und 23. Januar 2000 stattfand, wurde einstimmig das neue Programm und die neue Satzung angenommen, die eine strategische Änderung und Wende darstellt und die Gründung einer demokratischen Republik vorsieht.

- Die Beendigung des bewaffneten Widerstandes wurde auf dem 7. Parteikongress offiziell angenommen.
- Als Grundstein des Widerstandes der neuen Parteistrategie wurde der demokratisch - politischer Widerstand angenommen.
- Die PKK hat ihren 1. Friedensplan veröffentlicht. Diesem Plan entsprechend wurden Regierungsbevollmächtigten, allen kurdischen politischen Parteien und internationalen

Institutionen Briefe gesendet mit für den Frieden konkreten Anforderungen.

- Am 21. März 2000 haben am Newroz (=kurdisches Neujahrsfest) in Diyarbakir 200.000 und in anderen Regionen Hunderttausende von Menschen durch ihre Teilnahme an den Feierlichkeiten ihre Zustimmung dieser Phase bekundet.
- Im Jahre 2001 kamen in Europa und in den kurdischen Gebieten Millionen von Menschen zu Newroz zusammen und forderten einen dauerhaften Frieden und konkrete Schritte hierfür von der türkischen Regierung.
- In dem vorgelegten 2. Friedensprojekt wurden mit Aktivitäten im Rahmen des „zivilen Ungehorsams“, die insbesondere in Europa durchgeführt wurden, die Anerkennung der PKK und der kurdischen Identität gefordert und eine massenhafte Unterstützung der politischen Phase gesichert.
- Im Rahmen des 2. Friedensprojektes wurden Unterschriften gesammelt durch die Konföderation kurdischer Vereine in Europa (KONKURD) mit der Forderung: „Ich will meine nationale und politische Identität“ und von der Kurdische Demokratische Volksunion (YDK) unter dem Motto: „Ich bin auch ein PKK'ler“.
- Auf dem 7. außerordentlichen Kongress der PKK wurde die Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK) aufgelöst und die Volksverteidigungseinheiten gegründet.
- Die PKK führte seit diesem Zeitpunkt keine militärischen Aktionen mehr durch und erklärte, alle Kräfte auf der Grundlage der neuen politischen Strategie auszubilden.
- Die PKK erklärte im Falle einer Generalamnestie die Waffen abzulegen.

### **Was hat die türkische Regierung unternommen?**

Bezüglich des Aufrufes vom 2. August haben neben anderen politischen Verantwortlichen auch der türkische Ministerpräsident Bülent Ecevit und der Generalstabsführer Hüseyin Kivrikoglu in Erklärungen bekannt gegeben, dass sie die Beendigung des bewaffneten Widerstandes begrüßen, jedoch die darauffolgenden Schritte als Bemühungen zur politischen Anerkennung betrachten und diese als Gefahr ansehen.

- Die Teilnehmer der 1. und 2. Friedensgruppe, die in die Türkei kamen damit sie sich am Prozess der Lösungsfindung beteiligen, wurden verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt.
- Ecevit und Kivrikoglu betonten bei jedem ihrer Erklärungen, dass die Guerillakämpfer kapitulieren und sich ihnen ergeben sollten.
- Die Türkei hat innerhalb ihrer Grenzen – wenn auch nicht so intensiv wie zu Kriegszeiten – in Zusammenarbeit mit Dorfschützern ihre militärischen Operationen fortgesetzt.
- Die Türkei hat durch die militärische Unterstützung der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) ihre eigene Kriegsführung gegen die PKK gesichert.
- Für die politischen Verantwortlichen der Türkei sind die im Rahmen der EU gefassten Kopenhagener Kriterien mit den Forderungen der PKK übereinstimmend und aus diesem Grunde gefährlich.
- Die Einführung der F-Typ- Isolationsanstalten ist zu einem Blutbad ausgeartet; bei Angriffen wurden zahlreiche Häftlinge und Todesfastende getötet.
- Innerhalb von 2 Jahren gab es in der ganzen Türkei Diskussionen über die Aufhebung der Todesstrafe, letztendlich wurde sie aber nicht vollständig aufgehoben. Die Amnestie wurde nur begrenzt ausgesprochen, so dass politische Häftlinge davon nicht profitieren können.
- Der Ausnahmezustand wird in vier kurdischen Gebieten weiterhin fortgesetzt.
- In Dersim eröffnete der Staat mindestens einen Tennisplatz.

- Im Dorf Balveren (Gebiet Sirnak, in den Tälern des Cudi-Bergs) wurde eine Modenschau für Badeanzüge veranstaltet.
- In Diyarbakir wurden Beachvolleyball-Turniere veranstaltet.
- Türkische Soldaten organisierten Beschneidungsfeiern für kurdische Kinder.
- Bei verschiedenen Eröffnungen in kurdischen Gebieten wurde die Teilnahme von Models gesichert.
- Am Fluss Euphrat wurden Jet- Ski, Kanu und Segelboot- Wettkämpfe veranstaltet, an denen Models mit Bikini und traditioneller Kopfbedeckung teilnahmen.
- Am Karacadag in Diyarbakir wurden Ski-Fahrten eingeführt.
- Alle Regierungsvertreter und Politiker, die in diese Gebiete reisten erklärten, das Anliegen der Bevölkerung verstanden zu haben und sie lösen zu wollen!

Die Regierung hat jahrelang die Forderungen nach Menschenrechten, Demokratisierung, und einer Lösung der Kurdenfrage mit der Begründung, im Krieg zu sein, verschoben. Sie hat aber nach der Beendigung des Krieges keinerlei ernsthafte Schritte unternommen.

Dieser Zustand wurde von verschiedenen Kreisen so gedeutet, dass die Türkei jahrelang den Kriegszustand nur als Vorwand des Nichthandelns nutzte, jedoch nie die Absicht zu handeln hatte.

Die Türkei sollte das Entgegenkommen der PKK und den Nutzen daraus erst später einsehen. Der „Traum“ der Türkei, den EU-Kandidatenstatus zu bekommen, wurde nach der Friedensphase auf dem EU-Gipfel in Helsinki angenommen. Demnach wurden auf dem Weg in die EU von der Türkei Reformen gefordert. Die EU hat ihre Forderungen in einem gemeinsamen Papier vorgelegt. In diesen Schriften wurden ernsthafte Schritte in bezug auf Menschenrechte und Demokratisierung sowie die Anerkennung kultureller Rechte verlangt. , EU aber scheiterte selbst daran nachdrücklich Fortschritte in bezug auf die Anerkennung der kurdische Identität zu verlangen. Deshalb wurde das Partnerschaftsdokument von den Kurdinnen und Kurden als unzureichend kritisiert.

Zwei wichtigste Schritte, die die Türkei in dieser Zeit unternommen hat, bestanden einerseits im Unterschreiben eines Abkommens der UNO, ein anderes war der Entwurf des neuen türkischen Strafgesetzes. Weder wurde das Abkommen im türkischen Parlament behandelt, noch wurde der Entwurf gesetzlich anerkannt und umgesetzt. Ein anderer ernstzunehmender Schritt bestand darin, dass die Verfassungskommission des Parlamentes im Bezug auf die Änderung einiger Artikeln eine Einigung erreicht haben.

### **Außerhalb der Staatsgrenzen der Türkei**

Die Türkei, die innerhalb ihrer Staatsgrenzen das kurdische Volk nicht anerkennt, akzeptiert auch dessen internationale Anerkennung nicht.

In diesen Tagen, nach den Anschlägen in den USA, in denen die Diskussionen über einen möglichen Angriff auf den Irak zunehmen, entwickelt die Türkei neue Szenarien hinsichtlich des Nordirak (Südkurdistan). Seit dem Golf-Krieg 1991 wurde durch einen Beschluss des UNO-Sicherheitsrates dem Irak die Kontrolle des Gebietes nördlich des 36. Breitengrades entzogen. Obwohl dies so ist, gehört diese kurdische Region nach wie vor zum irakischen Staatsgebiet.

Der türkische Staat verletzt seit Jahren entgegen internationaler Abkommen in bestimmten Abständen die Grenzen dieser kurdischen Region. Seit 20 Jahren überschreitet die Türkei mit großen militärischen Einheiten die Grenze zum Nordirak. Fast scheint es Normalität geworden zu sein. Die Liste der Grenzverletzungen der Türkei in den Irak sowie der Verletzung des internationalen Rechtes ist lang. Diese grenzüberschreitenden, routinemäßigen Operationen haben invasionsähnlichen Charakter.

Es ist nützlich, an dieser Stelle an einige der Militäroperationen zu erinnern. Am 6. Mai 1992 wurden durch starke Luftangriffe mehrere Wohnsiedlungen zerstört und Dutzende von Zivilisten getötet. Am 16. Oktober 1992 hat die türkische Armee mit Zehntausenden Soldaten eine einmonatige Operation durchgeführt, wobei Hunderte von Zivilisten getötet wurden.

Im Weiteren führten sie mit Hilfe der südkurdischen Parteien Operationen gegen die PKK durch. Am 19. Mai 1995 wurde die kurdischen Region erneut durch 50.000 Soldaten besetzt. Am 14. Mai 1997 führte die Türkei ihre bisher größte grenzüberschreitende Aktion durch und stationierte ständige Einheiten in der kurdischen Region.

Am 05. Oktober 1998 drangen Zehntausende türkische Soldaten in Zaho ein und stationierten auch hier ihre Kräfte dauerhaft.

Man könnte diese Beispiele fortsetzen, aber wir wollen es hierbei belassen.

Wie man den Beispielen entnehmen kann, haben die türkischen Armeeeinheiten im Zeitraum 1984 - 1998 die PKK als Vorwand genommen, um durch Dutzende von Angriffen Grenzverletzungen zu begehen. Hunderte von Zivilisten verloren dabei ihr Leben.

In den letzten Tagen scheinen Äußerungen von Ministerpräsident Bülent Ecevit Hinweise darauf zu enthalten, dass ein erneuter Angriff in Erwägung gezogen und vorbereitet wird, z. B.: "Die Ausrufung eines kurdischen Staates im Nordirak wäre für uns ein Interventionsgrund".

Die jüngst diskutierte militärische Intervention wird sich von den vorherigen unterscheiden. Diesmal erklärt die Türkei auch die südkurdischen Organisationen (PUK und KDP), die sie bislang gegen die PKK instrumentalisiert hat, zum Angriffsziel. Auch wird diesmal der Angriff nicht auf eine bestimmte kurdische Region im Nordirak beschränkt bleiben, sondern wird sich bis 150 km in den Irak ausdehnen, und somit die Städte Mossul und Kirkuk einschließen. Es ist bekannt, dass die türkischen Herrscher seit 78 Jahren auf diese Städte Besitzanspruch erheben und davon träumen, sie zu besitzen. Gleichzeitig ist es der Türkei wichtig, die dort befindlichen Ölpipelines unter ihre Kontrolle zu bringen.

All das zeigt, dass die Türkei eine harte Haltung in der kurdischen Frage einnimmt und die Spannungen verschärft, anstatt eine demokratisch - politische Lösung zu suchen. Des weiteren versucht sie, das Friedensprojekt der PKK scheitern zu lassen und den Krieg erneut auf kurdische Regionen auszudehnen.

### **In der Wirtschaft alles noch einmal von vorn**

Die friedliche Atmosphäre, nach dem Rückzug der PKK-Einheiten außerhalb der Grenzen der Türkei am 02. August 1999, hat auch Hoffnungen in wirtschaftlicher Hinsicht wachsen lassen. Diese positive Grundstimmung wurde am stärksten in der kurdischen Region erlebt, die durch den Krieg zerstört ist und in die kaum investiert wurde. Es gab eine leichte wirtschaftliche Entspannung, vor allem in der Tourismusbranche. In dieser vorher stagnierenden Branche gab es eine große Entwicklung. Während die Inlandsnachfrage 1999 um 3,7 % zurückging, stieg sie im Jahre 2000 um 9,6% an. Die Zinssätze sanken um 35 - 40 %, während diese zu Kriegszeiten bei über 100% lagen. Diese Entwicklungen beschleunigten sich im Zusammenhang mit der angestrebten Mitgliedschaft in die EU, die durch den zugeteilten Kandidatenstatus ohnehin Fortschritte macht.

Gleichwohl behindert die Haltung der türkischen Regierung die Fortschritte in politischer, sozialer und ökonomischer Hinsicht. Auch hierfür kamen die ersten Anzeichen aus der kurdischen Region. Insgesamt wurde zu wenig investiert, in Bezug auf die kurdische Frage kamen keine positiven Signale, die ökonomischen Offensiven der EU sowie der USA wurden somit zu Fall gebracht.



Es gab erheblichen Widerstand gegen die Demokratisierung. Fazit: Das Vertrauen in die Regierung ging verloren und die Situation verschlechterte sich. Die Inflation stieg erneut auf 60 %, es gab Konkurse, das Wachstum geriet ins Stocken und die Produktion ging erneut um 70 % zurück.

### **III - Wie hat sich das Leben nach dem Krieg in den kurdischen Regionen verändert, was wollen die Menschen dort?**

#### **Die Forderungen des Volkes**

Die Menschen der kurdischen Regionen machen gegenüber Journalisten und Künstlern deutlich, dass ihr Hauptanliegen "der Frieden" ist. Außerdem artikulieren sie mehrheitlich folgende Forderungen:

- Abschaffung der Todesstrafe
- Das Recht auf muttersprachlichen Unterricht, Sendefreiheit in der Muttersprache
- Die verfassungsmäßige Anerkennung der kurdischen Identität
- Abschaffung des Ausnahmezustandes und Beendigung der Menschenrechtsverletzungen in der kurdischen Region
- Das Erlassen einer Generalamnestie
- Das Einstellen der Vertreibungen und die Garantie für die Rückkehr
- Das Ende des „Verschwindenlassens“ von Menschen während der Polizeihaft und die Aufklärung der bisherigen „Morde unbekannter Täter“
- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
- Die Aufhebung der Manipulation durch die Medien und realitätsnahe Berichterstattung

#### **Die kurdische Region wartet auf den Frieden**

Die angespannte Atmosphäre der bewaffneten Auseinandersetzungen sind Vergangenheit. Aber in der kurdischen Region ist in bezug auf die Demokratisierung keine Entwicklung vollzogen worden. Im Gegenteil, die Aktivitäten werden behindert und die Publikationen verboten. Das Ausnahmezustandsgesetz, das sowohl dem Volk in der kurdischen Region als auch der Türkei auf dem Weg in die EU einen Hindernis darstellt, schreibt für jede Veranstaltung eine offizielle Genehmigung vor. Hochzeiten, Verlobungen und Bestattungszeremonien sind hiervon nicht ausgenommen.

Der Rückzug der PKK-Einheiten aus den Staatsgrenzen der Türkei und die einseitige Einstellung des bewaffneten Kampfes hat ersichtliche Veränderungen geschaffen.

Die vollständige oder teilweise Abschaffung des Lebensmittelembargos in Dersim, Mus, Bingöl, Genc, Lice und Kulp sowie die Aufhebung der Weiden-Verbots und Einstellungen der Militäroperationen sind klar erkennbare Veränderungen. Zur Wahrnehmung und zum Verständnis der Veränderungen ist es notwendig an dem Leben der Menschen teilzuhaben, die seit Jahrzehnten unterdrückt werden und großes Leid ertragen müssen. Das Volk, das sich mit dem Einbruch der Dunkelheit in ihre Häuser zurückziehen musste, genießt nun die Möglichkeit sich auch spät draußen aufhalten zu können.

#### **Die Erwartungen blieben unbeantwortet**

Wenn das Volk die Vergangenheit mit heute vergleicht, sagt: „Wenigstens werden wir heute nicht getötet“. Die Erwartung und Sehnsucht nach Frieden und Ruhe ist nicht dadurch gegeben, dass man nachts spazieren kann, kurdische Musik hören kann und nicht ständig und überall als „Schuldige“ behandelt wird. Denn sowohl die Forderungen, die zum Krieg geführt haben als auch die Folgen des Krieges beeinflussen das Leben der Menschen in der kurdischen Region.

Diejenigen, die ihre Dörfer verlassen mussten, wollen zurückkehren und diejenigen, die in den Städten leben, möchten unbedingt im Frieden leben. In Bezug auf die Einhaltung der Menschenrechte gibt es keine ernsthaften Verbesserungen. Die kurdische Region hat jahrelang ein Trauma durchlebt. Zur Heilung der Wunden wurden bislang keine ersichtlichen Schritte unternommen und die Hand des Friedens, die die kurdische Bevölkerung ausgestreckt hat, wurde nicht ergriffen. Der folgende Satz von Osman Baydemir, Vorsitzender der IHD Diyarbakir auf einer Pressekonferenz, wird von allen NGO's in der kurdischen Region vertreten und macht deutlich, wie die folgende Unterstellung wie ein Damoklesschwert über den Köpfen schwebt: „Alle demokratischen und im legalen Rahmen eingeleiteten Initiativen und Aktionen werden als ‚Politisierungsversuch der PKK‘ definiert und verhindert“. Die angespannte Atmosphäre der bewaffneten Auseinandersetzung ist Vergangenheit. Aber in der kurdischen Region wurden auf dem Weg zur Erlangung von Freiheiten und Rechten keine nennenswerten Entwicklungen vollzogen.

### **Die Unterstützung für die Rückkehr in die Dörfer ist gering**

„Ich bin aus dem Dorf Sise bei Lice. Mein Dorf wurde dreimal verbrannt. Als das Dorf zuletzt 1994 erneut verbrannt wurde, kamen 8 Dorfbewohner, die nicht fliehen konnten, ebenfalls ums Leben. Einer von ihnen war ein Verrückter Namens Yusuf. Als sie ihm verbrannt haben, scherzten sie. „Er ist der Kommandant dieser Region“ sagten sie und lachten. Seit zwei Jahren erlauben sie uns nun von morgen an bis abends in unserem Dorf zu sein, damit wir die Ruinen beseitigen können. Wir haben aus Pflanzen Lauben gebaut und wir leben da. Uns ist es gestattet Lebensmittel nur für einen Tag mitzunehmen. Früher haben sie immer im Herbst die getrockneten Pflanzen angezündet und das Gebiet verbrannt. Seit zwei Jahren machen sie es nicht. Es ist etwas entspannter. Nun versuchen sie, dass wir Dokumente unterschreiben, in denen behauptet wird, dass unser Dorf von PKKlern angezündet wurde. Jeder weiß, dass unser Dorf vom Staat verbrannt wurde. Wir unterschreiben diese Dokumente nicht. Weil wir es nicht unterschreiben, wird uns nicht gestattet für immer in unserem Dorf zurückzukehren.“

Diese Sätze kommen von einem Menschen aus Lice, der anonym bleiben möchte, damit er – wenn auch nur bis zum Abend – weiterhin in sein Dorf hineingelassen wird. Diese Sätze resümieren das Schicksal von Tausenden Menschen, deren Dörfer ebenfalls verbrannt wurden. Das Dorf Senlik wurde im vergangenen Sommer zum zweiten Mal verbrannt, nachdem es zuvor bereits schon einmal verbrannt wurde und den Bewohnern durch den Landrat die Rückkehr genehmigt wurden war.

Die Bewohner des bestellten Feldes Dagbilo bei Lice haben mehr Glück im Vergleich zu den anderen. Die Dorfbewohner können in ihr Dorf zurückkehren, weil ihr Dorf offiziell an die Zentrale gebunden ist. Abdullah Demirci erklärt, dass sein Dorf im Jahre 1994 entvölkert wurde. Nachdem die Operationen in der kurdischen Region schließlich beendet wurden, konnten sie zurückkehren. Die Polizeiwache würde keine Probleme machen und sie hätten ihre Häuser repariert. „Zwar sind es nur noch ältere Menschen, aber sobald junge Menschen kommen gibt es Probleme, die jungen Leute werden verhört. Aus diesem Grunde kommen sie auch nicht mehr“ erzählt er.

## **Dorf-Stadt-Projekt ist unzureichend**

Es sind zweifellos die Dörfer, die von den militärischen Auseinandersetzungen am stärksten betroffen waren. „Betroffen“ drückt es nicht aus, denn es wurden über 3.500 Dörfer verbannt, zerstört und entvölkert.

Es ist möglich, die Spuren derjenigen, die ihr Dorf verlassen mussten, in den Stadtrand siedlungen in Diyarbakir, in Van, in Batman, in Mardin zu finden, ja sogar von Istanbul bis Italien.

Das einzige Projekt im Bezug auf die Vertriebenen ist das Dorf-Stadt-Projekt von Ministerpräsident Ecevit. Ecevit träumt seit 1970 davon. Dieses Projekt wird weder von den Dorfbewohnern noch von den Zivilgesellschaftsorganisationen akzeptiert. Bislang wurde dieses Projekt zweimal einmal in Diyarbakir und in Van umgesetzt und in diese Dörfer wurden ausschließlich Dorfschützer umgesiedelt. Diejenigen, die ihr Dorf verlassen haben, haben ihr Leben in den Armenvierteln der Städte in Armut weitergeführt. Nach offiziellen Angaben sind in Diyarbakir, dessen Bevölkerungszahl annähernd 2 Mio. beträgt 60% arbeitslos. Und es handelt sich bei fast allen um die Dorfbewohner, die ihr Dorf verlassen haben und nun in Randsiedlungen wohnen. Die Kinder suchen in Müllhalden nach etwas Essbarem, oder verkaufen Taschentücher oder Kaugummis, während die Älteren Menschen ihr Dorf vermissen und das Gefährlichste ist, dass die Arbeitslosigkeit und die ungewisse Zukunft die Menschen in Selbstmorde treibt.

## **Die Friedensatmosphäre hat die Hisbollah vernichtet.**

Die größte ersichtliche Entwicklung in den letzten drei Jahren ist die Zerschlagung der Hisbollah. Die Hisbollah, die seit 1991 mit Hilfe von Dorfschützern, JITEM und Verrätern in der kurdischen Region „Morde unbekannter Täter“ gegen intellektuelle, demokratische und patriotische Kreise vollzog, wurde nach der Beendigung der militärischen Auseinandersetzungen liquidiert. Im Zuge des Vorgehens gegen die Hisbollah, die durch die Tötung ihres Führers begonnen wurde, wurden annähernd 3000 Hisbollah-Militante festgenommen. Die Häuser mit den Massengräbern sowie die „aufgedeckten“ Arsenale zeigen, wie diese Organisation unterstützt, geschützt wurde und welche Möglichkeiten sie genoss. Nun soll die Hisbollah, deren Morde nicht gesehen wurden, nun aufgelöst werden.

## **Newrozfeste bedeuten zwar Hoffnung aber...**

In der kurdischen Region haben Feierlichkeiten und Festivals begonnen, die das Leben aktivieren, die Hoffnungen steigern und vor allem das Miteinander ermöglichen.

Zweifelsohne ist es das erste und wichtigste Treffen zwischen denen, die aus dem Feuer kommen und welchen, dessen Nase durch den Rauch des Feuers schmerzt. Die Newrozfeierlichkeiten in den kurdischen Regionen der letzten zwei Jahre waren nicht nur für die Kurden, sondern auch für diejenigen ein Ort des Zusammentreffens, die von Außerhalb der kurdischen Region kamen. Auf dieser Brücke zwischen "hier und dort" fanden später auch Übergänge statt. Auch in Dersim wurde zum ersten Mal ein Festival organisiert, an dem auch andere, nicht offiziell aus dieser Gegend Stammende teilnehmen konnten. Bei diesem Munzur Festival ertönten kurdische Melodien. Auf dem diesjährigen Kulturfestival in Diyarbakir fanden Konzerte und Filmvorführungen für Zehntausende von Menschen statt.

Die Menschen aus Diyarbakir begrüßten die bislang verbotene Musikgruppe Koma Amed und viele andere Künstler mit großer Freude.

## **Das Treffen auf eine Friedenatmosphäre war möglich**

Eine Veranstaltung, die nicht vergessen werden sollte, war die Kulturbrücke Hakkari. Die Sommerweide in Bercelan, dessen Nutzung jahrelang verboten war, hat sowohl den Menschen aus Hakkari als auch den aus Istanbul angereisten Künstlern gleichermaßen die Arme geöffnet.

Eine weitere Brücke stellte das Frauentreffen dar. "Die Frauensolidarisierung für den Frieden" wurde von Journalistinnen, Schriftstellerinnen und Künstlerinnen aus den türkischen Metropolen organisiert. Erstmals trafen sie sich mit Frauen aus Diyarbakir und Batman. Die türkischen Teilnehmerinnen brachten ihre Verwunderung über die herzliche Aufnahme zur Sprache und bekundeten ihre Scham über die versäumte Begegnung mit den kurdischen Frauen.

Während auf der einen Seite diese künstlerischen und kulturellen Aktivitäten durchgeführt wurden, wurden auf der anderen Seite Menschen festgenommen, weil sie kurdische Lieder gesungen haben. Bücher wurden beschlagnahmt und Theaterstücke verboten. Jedoch schien es, als hätten die Ohren einiger angefangen sich an die kurdischen Melodien, die entweder aus den Kassettenständen oder aus der Stadtmauer von Diyarbakir ertönten, zu gewöhnen.

## **Ausreden lohnen sich nicht**

In Zeiten der Auseinandersetzungen sagten einige Politiker und Geschäftsleute: „Aufgrund des Terrors kann nicht in die Region investiert werden“. Obwohl der Waffenstillstand nun seit 1998 anhält wurden bislang keine Investitionen vorgenommen.

Mesult Yilmaz sagte in seiner Rede: „Der Weg in die EU führt über Diyarbakir“, der Oberbürgermeister von Diyarbakir Feridun Celik wurde von Devlet Bahçeli (Vorsitzende der MHP und Vizeministerpräsident) applaudiert und der Staatspräsident Ahmet Necdet Sezer sowie der Ministerpräsident Bülent Ecevit wurden mit Rufen wie "Biji Asiti (Es lebe der Frieden)" empfangen. Trotz Versprechen türkischer Politiker während ihrer Aufenthalte in den kurdischen Gebieten, haben sie diese bislang nicht eingelöst.

## **Die „gewissen“ Hände ließen sich nicht vermissen**

Die Friedensatmosphäre widerspricht zweifellos den Interessen der Kriegsprofiteure. Dies war und ist in vielen Bereichen des Lebens deutlich erkennbar. Deshalb waren sie aktiv gegen die Entwicklung eines Friedens, welche aber nicht in angemessener Weise ans Tageslicht gebracht wurden. Die Proteste des Volkes zeigen jedoch, dass sie Menschenrechtsverletzungen und andere Rechtswidrigkeiten nicht mehr hinnehmen werden.

Der erste "Vorfall" in der Friedensphase war die Festnahme der HADEP-Bürgermeister von Diyarbakir, Bingöl und Siirt. Diese Festnahmen wurde vom Volk mit Protesten des „zivilen Ungehorsams" beantwortet. Sowohl das Attentat auf den Polizeipräsidenten von Diyarbakir, Gaffar Okkan als auch das Verschwindenlassen von HADEP Vorsitzenden von Silopie Serdar Tanis und des Vorstandsmitglied Ebubekir Deniz während des Polizeigewahrsams waren zwei sehr beunruhigende Vorfälle. Der Tod des am Abend des 24. Januar ermordeten Gaffar Okkan und weitere damit zusammenhängende Fragen wurden bislang nicht aufgeklärt. Es wunderte viele Kreise, dass an der Bestattungszeremonie von Gaffar Okkan Zehntausende von Kurdinnen und Kurden teilnahmen. Die Teilnehmer erklärten, daß die Waffe, mit der Okkan ermordet wurde, den Saboteuren der Friedensphase gehört.

Das Verschwindenlassen der beiden HADEP-Politiker in Silopi durch das Militär steigerten den Unmut. Diese beiden schrecklichen Vorfälle wurden als die Botschaft zur "Rückkehr in vergangene Zeiten" aufgefasst. Sowohl das Attentat auf Okkan als auch das Verschwindenlassen der HADEP-Politiker wurden bislang nicht aufgeklärt. Gleichzeitig wurden die Türen der HADEP Politiker in Mardin von Unbekannten mit X gekennzeichnet, in Karliova wurde Selahattin Öge entführt und in Yedisu wurden 20 Guerillakräfte getötet. Typisch bleibt, dass diese Vorfälle nicht aufgeklärt werden.

Bei den Angriffen in Yedisu verlor die Friedensmutter Müesser Günes ihren zweiten Sohn. Trotzdem erklärte sie: " Ich habe jetzt keinen Sohn mehr den ich verlieren kann, aber meine Bemühungen für den Frieden werde ich fortsetzen." Genau das ist beeindruckend und hoffnungserweckend.

#### **IV - Wie bewerten verschiedene Vertreter/innen die Einstellung des bewaffneten Kampfes und was schlagen sie vor?**

##### **Das Hinauszögern bringt Unruhe**

Vertreter linke und rechte Parteien, Organisationen der Zivilgesellschaften, Gewerkschaftler und Arbeiter bewerten die Beendigung der Angriffe als eine Chance für die kurdische Frage und für die Demokratisierung der Türkei und wollen, dass die Lösung der Probleme nicht mehr herausgezögert wird.

Politische Kreise, Intellektuelle, Unternehmer und Vertreter der Zivilbevölkerung kritisieren, dass in der kurdischen Region seit dem 2. August 1999 trotz des existierenden Waffenstillstandes die Regierung keinen ernsthaften Schritt unternommen hat. Es wurde betont, dass die Beendigung der Angriffe durch die PKK für die Lösung des Problems eine wichtige Gelegenheit bietet und dass die Lösung gleichzeitig eines der Voraussetzungen für die EU-Mitgliedschaft der Türkei ist. Verschiedene Bewertungen zu diesem Thema lauten folgendermaßen:

##### **Abdullah ÖCALAN, Vorsitzender der PKK: Ein Schritt in der schwierigsten Situation**

Eine demokratischer Kompromiss stellt aus historischer Hinsicht eine Notwendigkeit dar. Wenn man viele Kriegsanalysen hinsichtlich ihres Zieles und ihrer Mittel analysiert, sieht man, dass konkret am Beispiel der Türkei die demokratische Lösung sehr schwer erfolgen wird und eine vielseitige, kompromissbereite Dialogsuche erfordert. Bevor die Lösung des Problems nicht erfolgt, kann weder die innere Demokratie der Türkei, noch ihre verdiente internationale Stellung erlangt werden.

Wenn das Ende der bewaffneten Angriffe innerhalb der türkischen Grenzen und damit die Aufhebung des Gewaltproblems eintritt, muss man wissen, dass damit eine historische und neue Bedingung gewonnen ist und dass dies mit einer größeren Sorgfalt, als in einer Kriegssituation bewertet werden muss. Bis jetzt wurde über die Türkei vor allem bezüglich der Menschenrechte und der Demokratisierung die vorhandene Gewalt und der Terror als die Hauptprobleme angesehen. So wird also zuallererst diese stagnierende Situation überwunden. Die Türkei wird leichter in den demokratischen Reformprozess übergehen können. Hinsichtlich der Menschenrechte werden vorwärtsweisende Schritte erfolgen. Die Wirtschaft und die Politik werden auf den richtigen Weg kommen. Für die kurdische Frage können neue Ziele gesetzt werden. Nach außen werden positivere Entwicklungen eintreten. Wie die EU-Mitgliedschaft werden in der kurdischen Region mehr Aktivitäten in Frieden gesichert sein.

Hierbei darf man nicht zu träumerisch sein, aus einem sehr schmerzhaften Krieg ist es nicht einfach, den Frieden zu bringen, es bedarf einer großen Geschicklichkeit, Reife und Geduld. Dies sollte man immer im Auge behalten.

Es war ein Schritt zur schwierigsten Zeit. Zu welchem Ergebnis dieser Schritt führen wird, wird als Hauptthema von allen Krisen aufmerksam verfolgt. Es ist bekannt, dass der Staat und die Gesellschaft nicht in einer Homogenität, sondern voller Widersprüche in sich bestehen. Die Annäherungen sind sehr widersprüchlich und laufen manchmal in die entgegengesetzte Richtung oder sind hindernd. Trotzdem hat man gelernt, dass durch alleinige Kritik nicht zu einer Lösung gelangt werden kann. Man kann Intelligenz und gesunden Menschenverstand nicht umgehen.

In diesem Sinne wäre es nicht realistisch, Gesprächspartner direkt von der Regierung zu suchen. Ich denke, die richtige Herangehensweise kann in ähnlichen Konflikten auf der Welt gefunden werden.

**Irfan DÜNDAR (Anwalt von Abdullah Öcalan): Es ist ein wichtiger Schritt für die Menschheit**

Wenn auch der Aufruf vom 2. August unter schwierigsten Bedingungen mit begrenzten Möglichkeiten und einseitigen Bemühungen ausgerufen wurde, so ist er für die Türkei und für die kurdischen Region aufgrund seinen Ergebnissen von großer Bedeutung. Die Ergebnisse kann man folgendermaßen benennen: Er hat dazu geführt, dass die Türkei aus einer Kriegssituation in einen Lösungsprozess gelenkt wurde. Er zwingt zur Änderung und zur Wende und engt die Kriegsprofiteure, die chauvinistischen, rassistischen Kräfte und Kreise ein und leitet die Phase der Lösung ein. Nicht nur für die in der kurdischen Region lebenden Völker, sondern für die gesamte Menschheit hat er die Entwicklung des Manifestes des Friedens und der Demokratie gefördert.

**Hüsnü ÖNDÜL (IHD Generalvorstand): Diese positive Phase muss fortgeführt werden**

Die Phase in den letzten zwei Jahren, in welche die Türkei eingetreten ist, ist in Bezug auf die Entwicklung und den Einsatz der Menschenrechte positiv. In manchen Kategorien der Menschenrechte gibt es eine große Entwicklung. Obwohl die strukturelle Probleme nicht gelöst sind, gesetzliche und verfassungsrechtliche Änderungen nicht vorgenommen wurden, geht die Türkei meiner Meinung nach in die richtige Richtung. Das chronisch gewordene Problem in ein bis zwei Jahren lösen zu können, ist keine realistische Erwartung. Damit diese positive Phase weitergeführt werden kann, muss erst das OHAL ( Ausnahmezustands) Gesetz für die kurdischen Provinzen aufgehoben werden.

**Mehmet BEKAROGLU (Helfer des Generalvorstandes der Wohlergehepartei): Diese Chance muss genutzt werden**

Das Eintreten des Ost- und Südost Gebietes in eine relativ sichere Situation ist eine Chance, etwas Schönes. Es dabei zu belassen, ist keine Lösung. Was zu tun ist, hat mit der Demokratisierung der Türkei zu tun. Das Versprechen, welches die Türkei auf dem Weg in die EU gegeben hat, der Antrag auf die Mitgliedschaft, wenn sie auch lustlos und lückenhaft geschrieben ist, ist ein National-Programm. Die Erfordernisse dafür müssen erfüllt werden. Die Ausreden sind nun auch gegenstandslos geworden. Wenn auch bedingt, kann man im Südosten von einer sicheren Situation sprechen. Folglich muss die Türkei auch in dieser

Hinsicht einen Schritt machen. Weil sie mit dem allgemeinem Rahmen keinen Schritt getan hat, hat die Türkei offen gesagt in diesen zwei Jahren nicht viel gemacht. Ich sehe auch keine Zeichen, dass dies geschehen wird.

**Salim ENSARIOGLU (DYP Helfer des Generalvorstandes): Die Lösung sollte nicht verzögert werden.**

Die Regierung muss diese Phase gut nutzen: In Bezug auf Wirtschaft, Erziehung und Demokratie. Meiner Meinung nach hat die Regierung keinen konkreten und ernsthaften Schritt unternommen. Ich kenne dieses Gebiet. Das Gebiet ist zwar ruhig, aber es gibt keine Reform, welche die Regierung gemacht hat. Sie hätten die Situation nutzen sollen. Sei es in den Aufständen von Seyh Sait oder Seyid Riza, die alleinige bewaffnete Lösung mit Verteidigungseinheiten oder der Polizei ist falsch. Ich denke, dass die Regierung in diesen Themen nichts befriedigendes getan hat. Meiner Meinung nach muss die Türkische Republik, bevor sie dieses Problem Europa überlässt, sich mit ihrem Volk, ihrem Parlament und den Organisationen der Zivilgesellschaft so bald wie möglich zusammensetzen und diskutieren, um das Problem zu lösen.

**Abdulkadir AKBOZ (Vorstand des Vereins der Jungunternehmer Südost): Bewertung der Situation**

Eine friedliche Situation ist entstanden, doch dies wurde nicht ausreichend genutzt. Wenn wir diese Phase nicht gut nutzen, werden die sozialen und politischen Probleme, die wir in der Vergangenheit erlebt haben, in noch größeren Dimensionen zurückkehren. Den Preis dafür werden wir hoch zahlen müssen. Diese Atmosphäre garantiert, dass diejenigen außerhalb der kurdischen Region mit Vertrauen auf das Gebiet schauen. Doch das reicht nicht aus, weil in diesem Gebiet immer noch Vorgehensweisen des Ausnahmezustandsgesetzes herrschen.

Unser Meinung nach muss ein wirtschaftliches Sonderprogramm eingesetzt werden, für die Rehabilitation des Gebietes müssen Maßnahmen getroffen werden.

Wir sagen einerseits, es gibt jetzt Frieden und rufen die Unternehmer hierher und andererseits werden die OHAL Bestimmungen weiterhin verlängert, dass passt längst nicht mehr in diese Phase...

**Levent TÜZEL (EMEP- Vorsitzender): Der Staat zögert hinaus**

Der Stillstand der Auseinandersetzungen ist natürlich positiv. Jedoch hat diese Situation die fortgesetzte Verletzung der grundlegenden Rechte nicht anhalten können. Auch wenn die PKK mit dieser Absicht die Auseinandersetzungen beendet hat, so bleiben trotzdem viele Forderungen bestehen. Dass keine Schritte unternommen werden für den Weg einer politischen Lösung, indem die Kampfhandlungen eingestellt werden und der Wille zur Beendigung der Auseinandersetzung gezeigt wird, zeigt die Absicht, dass positive Reaktionen gedämpft werden sollten.

Eigentlich versucht der Staat, anstatt die Frage zu lösen, diese zeitlich hinaus zu zögern und zu unterdrücken....

**Aydemir GÜLER (SIP- Vorsitzender): Ein Friedensprojekt muß beantwortet werden**

Der Krieg ist zu Ende, jedoch ist der Frieden nicht gekommen. Der Frieden ist abhängig von einigen Bedingungen. Als erstes ist er von dem Treffen beider Seiten abhängig. Zweitens ist

er abhängig davon, wie die Entschädigung der Schäden durch den Krieg ausfällt. Der Frieden ist nicht nur ein Zustand, bei dem die Waffen ruhen. Wichtig ist, die Ursachen des Krieges zu beheben. Es ist offensichtlich, dass die Haltung des Staates diesbezüglich nicht zufriedenstellend ist...

**Inal BATU (CHP- Assistent des Vorsitzenden): Die Lösungen sind die Kriterien von Kopenhagen**

Dass die Auseinandersetzungen beendet wurden, ist sehr positiv. Wir hatten schon früher einen detaillierten Bericht zu Lösungsmöglichkeiten vorgelegt.

Der Bericht war für die damalige Zeit äußerst wichtig. Wir verteidigen das jede/r gleichberechtigt die Freiheiten genießen sollte, niemand unterdrückt werden sollte und die Rückkehr zu den entvölkerten Dörfern ermöglicht werden sollte. Die gegenwärtige Regierung wird durch die drei rechten Parteien kaum die Frage lösen können. Die Lösung der Frage besteht in einer echten Demokratie. Dafür gibt es Themen wie die Aufhebung der Todesstrafe, die Ermöglichung der Rechte auf Erziehung und Veröffentlichungen in der Muttersprache und dass jede/r gleich ist vor den Gesetzen. Dieses ist die Einhaltung der Kriterien von Kopenhagen.

**Süleyman CELEBI (DISK- Vorsitzender): Die Atmosphäre ist für den Frieden geeignet**

Wie Regierungsvertreter und andere Offizielle mehrmals betonten, bietet der Stillstand der Auseinandersetzungen in der kurdischen Region eine Möglichkeit zur Hoffnung für die ganze Bevölkerung auf eine Atmosphäre des Friedens. Ab diesem Punkt muß mit jedem Schritt in die kurdische Region Ruhe und Sicherheit gebracht werden in Form von elementaren Hilfen für Ernährung, Bildung, Gesundheitsvorsorge und Wohnungen. Im weiteren sollten die Hindernisse der freien Meinungsäußerung der Mitbürger aufgehoben werden.

**Mehmet ALTAN (Schriftsteller): Es gibt eine Kraft, die Angst hat vor der Lösung**

Der Stillstand der Auseinandersetzungen seit zwei Jahren ist positiv, denn unsere Jugendlichen starben dabei. Ausserdem versiegten unsere gesellschaftlichen Quellen. Jedoch sind, trotzdem die Kämpfe aufhörten, keine der erwarteten demokratischen Schritte unternommen worden. Die kurdische Frage bedeutet also die Anerkennung des Lebens der Menschen mit ihren Verschiedenheiten und die Ermöglichung dessen in der politischen Äußerung. Was passiert, wenn ihr sagt, dies solle nicht in die Politik eingebracht werden? Dann haben wir die heutige Situation. Wenn ihr sagt, dies soll nicht in die Politik eingebracht werden, dann könnt ihr nichts bewältigen. Wenn Menschen Probleme haben, dann gebt ihnen ein Mikrofon oder einen Stift in die Hand und sie bringen das Problem zur Sprache und lösen es. Wenn ihr ihnen keine Möglichkeit bietet, dann gehen sie in die Berge und sterben oder töten dort. Also jetzt, mit Waffe oder Politik? Demokratische Gesellschaften neigen zu Lösungen durch die Politik....

**Avni ÖZGÜREL (Journalist): Die Aufgaben werden auf die HADEP und den Staat übertragen**

Für jeden ist positiv, dass der Zustand der Auseinandersetzungen seit vielen Jahren mit erheblichen Beunruhigungen geendet hat. Ich denke, dass diese Situation Möglichkeiten dazu bietet, noch ruhiger und realistischer Probleme zu betrachten. Jedoch bedeutet dieser Zustand nicht, dass bestehende Probleme gelöst wären. Für eine Lösung entfallen auf den Staat wichtige Aufgaben. Natürlich entfallen auch Aufgaben auf die andere Seite, politische



Parteien und besonders der HADEP. Diesbezüglich denke ich, dass der Staat und die HADEP ihre Aufgaben nicht durchgeführt haben. Jeder/m fehlt der Mut. Jede/r spielt auf Populismus. Mehr als die Bemühungen um die Lösung von Fragen sind Bemühungen zur Erhaltung der Positionen. Diese sind falsche Positionen....

Die gegenwärtige Krise der Türkei verstärkte sich aufgrund der Unzufriedenheit der Ausweglosigkeit. Dies ist kein bleibender Zustand. Jede/r Politiker/in hat in seiner Position Stellung bezogen.

Der Staat erwartet von der HADEP eine neue und strategische Haltung. Wie in allen Punkten, was die Demokratisierung angeht, so handelt der Staat auch in diesem Punkt zu langsam. So muß Ankara zu einer Lösung ermutigt werden. Wenn der Zustand anhält, wird die Frage bestehen bleiben. Dann werden wir vielleicht in 30 Jahren wieder die gleichen Dinge besprechen. Momentan treiben manche westliche Länder erneut zu einer bewaffneten Auseinandersetzung an. Jedoch sehe ich dafür keine Möglichkeit.

## **V - Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und die kurdische Frage**

Die universelle Menschenrechtsdeklaration wurde 1948 mit der Zielsetzung, die Menschenrechte auf der internationalen Ebene zu garantieren (zu schützen) von der UNO entwickelt. Diese Deklaration wurde neben der Türkei von verschiedenen Staaten ratifiziert.

Der Europäische Menschenrechtsabkommen wurde durch den Europarat vorbereitet und am 4. November 1950 von 15 Staaten, darunter auch die Türkei ratifiziert. Das Abkommen wurde mit der Zielsetzung, die elementaren Menschenrechte und Freiheiten zu garantieren, erarbeitet.

Das Abkommen garantiert ein Vielzahl von Rechten und Freiheiten wie z.B. das Recht auf Leben, das Recht auf Freiheit, auf Personenschutz, auf ein faires Verfahren, auf Gedanken-, Gewissens-, Glaubens-, Presse-, Versammlungs- und Organisierungsfreiheit etc.

Auch sind Rechte und Freiheiten gegen Folter und diskriminierende Behandlung festgelegt.

Die Türkei, die Mitglied des Europarats und Beitrittskandidat der EU ist, erfüllt nicht die vorgesehenen Bedingungen und Kriterien. Die Rechte und Freiheiten, die von diesen internationalen Institutionen und Staaten als Grundprinzipen anerkannt werden, werden in der Türkei in Bezug auf die Kurden in keiner Weise umgesetzt und diejenigen Personen, Einrichtungen, Parteien und NGO's, die diese Forderungen zur Sprache bringen, werden mit dem Vorwurf des Separatismus beschuldigt und bestraft. Während die Parteien und Organisationen, die diese Forderungen zur Sprache bringen, verboten werden, werden ihre Mitglieder schweren Folterungen unterzogen.

Die Türkische Republik wurde aufgrund dieser Praktiken, die zwar nicht in ihrer Gesamtheit an die internationale Öffentlichkeit gelangten, verurteilt. Diese Menschenrechtsverletzungen wurde auch in den Berichten von Beobachtern der EU und anderen internationalen Institutionen sowie in den Berichten von Menschenrechtsorganisationen zur Sprache gebracht. In diesen Berichten wird auf die antidemokratischen Politik gegen das kurdische Volk und das Mangel an Menschenrechten und Meinungsfreiheit sowie die Mangel an ziviler Demokratie eingegangen und die Forderung nach einer raschen Demokratisierung der Türkei gestellt.

Anstatt dass die Türkei Schritte unternimmt, um diese Forderungen zu realisieren, ist dem kurdischen Volk weiterhin die Bildung in seiner Muttersprache untersagt. Es kann nicht mit seiner Identität leben, seine Kultur pflegen und fördern und es kann auch nicht dieselben Rechte in Anspruch nehmen, die dem türkischen Volk zustehen. Bislang wurden diese Forderungen der Kurdinnen und Kurden mit der Begründung des bewaffneten Kampfes der kurdischen nationalen Befreiungsbewegung unterdrückt.

Die kurdische Frage existiert seit der Gründung der Türkischen Republik bis heute. Diese Frage wurde von den politischen Verantwortlichen in der Türkei zur Terrorismusfrage erklärt, indem die PKK als Vorwand genommen wurde. Infolge dieser Politik wurden während des 15jährigen Krieges in Kurdistan über 4.000 kurdische Dörfer entvölkert und verbrannt, über 3 Millionen Kurdinnen und Kurden vertrieben, Tausende Menschen unter Folter verhaftet, über 4.500 Menschen fielen Morden unbekannter Täter zum Opfer, unter ihnen Hunderte von Journalisten, Intellektuellen und mehrere kurdische Unternehmer. Sie wurden von der Konterguerilla, die die Unterstützung des Staates genießt, ermordet und Hunderte von Menschen in Polizeihaft verschwanden. Die kurdische Frage konnte daher bislang nicht gelöst werden und stellt weiterhin das Hauptproblem der Türkei dar. Diesem Problem wurden bislang verschiedene Namen gegeben. Viel wichtiger ist doch, dass ein Problem vorhanden ist - egal unter welchem Namen - welches auch die Ressourcen der Türkei verschlingt. Dieses Problem wurde bislang nur als Sicherheitsfrage betrachtet und folglich die soziale, politische, wirtschaftliche Ebene sowie seine Bedeutung für die Demokratisierung nicht genügend in Betracht gezogen.

Der Druck auf die türkische Regierung für eine politische Lösung muss gesteigert werden, damit die Bedingungen für ein friedliches Zusammenleben des türkischen und kurdischen Volkes eröffnet werden können. Die Lösung der kurdischen Frage ist gleichzeitig notwendig, um die Aufnahmekriterien in die EU zu erfüllen. Sie stellt auch eine unmittelbare Bindung zu der Forderung der türkischen Gesellschaft nach Demokratisierung dar. Daher sollte die EU diese Forderung nicht wie bislang nur verbal zur Sprache bringen, sondern sollte ihren politischen und diplomatischen Druck erhöhen.

Bislang wurde der bewaffnete Kampf der PKK als Ausrede für das Nichtlösen des Problems vorgeschoben. Obwohl die PKK einseitig den bewaffneten Kampf eingestellt hat, hält dieselbe Politik an. Diese Realität beweist, dass dieser o.g. Vorwand nur zur Verleugnung benutzt wurde und wird. Die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei halten trotz der einseitigen Einstellung des bewaffneten Kampfes am 2. August 1999 durch die PKK und ihrem politischen Strategiewechsel an.

Im folgenden die Bilanz der Menschenrechtsverletzungen für den Zeitraum Januar bis September 2001 durch den Menschenrechtsverein IHD:

### **Bilanz der Menschenrechtsverletzungen Januar-September 2001**

#### **Verletzungen des Lebensrechts und des Persönlichen Sicherheit:**

Morde unbekannter Täter:	124
Außergerichtliche Hinrichtungen, und in Polizeihaft durch Folter und unter ungeklärten Umständen gestorbene Personen	43
Tote bei militärischen Gefechten	86

Tote und Verletzte bei Angriffen auf Zivilisten	42 Tote - 68 Verletzte
Personen in Polizeihaft, über die keine Informationen erhalten werden können und von denen behauptet wird, sie seien nicht in Haft	4
Folterungen/Misshandlungen	762
Zahl der in Polizeihaft genommenen	35.389
Verhaftungen	2634
Verletzte infolge von Angriffen auf Demonstrationen	247
Tote und Verletzte infolge von Angriffen auf Sicherheitskräfte	15 Tote – 21 Verletzte
Durch Drohung zum Spitzeltätigkeiten gezwungene Personen	39
Durch Angriffe Verletzte	107
Bomben- und Brandanschläge und Zahl der Verletzten	58 und 21
Entvölkerte Dörfer und Ortschaften	2
Gefängnisse:	
Verletzte und Vergewaltigte infolge von Angriffen durch die Sicherheitskräfte	55
Zahl derjenigen in Haft, deren medizinische Behandlung verhindert wird	275
Tote infolge von Hungerstreik (Todesfasten)	35
<b>Verletzungen im Bezug auf das Arbeitsleben:</b>	
Unbegründete Entlassungen aus politischen oder ökonomischen Gründen	28.669
Vom Arbeitsplatz verbannt oder entlassen	1.944
Eingeleitete Untersuchungen	9.757
Arbeitsunfälle	43 Tote - 37 Verletzte
<b>Verletzung der Meinungs-, Äußerungs-, Organisations- und Glaubensfreiheit</b>	
Verbote Zivilgesellschaftlicher Organisationen, politischer Einrichtungen, Presseorgane und Kulturzentren	109
Angriffe und Durchsuchungen von Zivilgesellschaftsorganisationen, politischen Einrichtungen, Presseorganen und Kulturzentren	135

Beschlagnahmte und verbotene Publikationen	180
Verbotene Veranstaltungen	30
Aufgrund ihres Glaubens entlassen / an der Bildung gehindert	134
Geforderte Gefängnisstrafen (für insgesamt 1.921 Personen)	3.758 Jahre/2 Mon.
Verhängte Gefängnis- und Geldstrafen (für 63 Personen)	125 Jahre/9 Mon. 35 Milliarden 335 Mio. TL
Wegen „Meinungsschuld“ inhaftierte Personen	91

Diese Zahlen sprechen dafür, dass die Bewertung des Europarates, die Türkei hätte in Menschenrechtsfragen keine Verbesserung vollzogen, nicht auf ein Vorurteil zurückzuführen ist, sondern die Realität ist. Bei Folterungen und bei Vergehen gegen die Meinungsfreiheit ist eine Steigerung zu verzeichnen. Schauen wir uns die Entwicklungen in den letzten drei Jahren im Bezug auf die Meinungsfreiheit und Foltervorwürfe an:

1999 (Januar-September) waren 472 Personen, 2000 (Januar-September) 508 Personen und 2001 (Januar-September) 762 Personen der Folter und entwürdigenden Behandlungen ausgesetzt.

1999 (Januar-September) wurde gegen 103 Personen 428 Jahre Gefängnisstrafe, 2000 (Januar-September) gegen 254 Personen 1.098 Jahre und im Jahre 2001 (Januar-September) gegen 1.921 Personen 3.758 Jahre Gefängnisstrafe aufgrund von „Gedankenschuld“ gefordert.

Trotz allem wurde durch den einseitigen Schritt der PKK die Basis für eine Demokratisierung der Türkei und für eine gerechte demokratische Lösung der kurdischen Frage geschaffen.